

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/224

Karlsruhe
Schwarzwaldhalle,
24. November 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>ERBE UND AUFTRAG</u> Die Rede eines Staatsmannes - Willy Brandt zeigt den Weg	95
3 - 4	<u>"Mit Brandt und Wehner und Eriex"</u> Fritz Eriex staatspolitisches Kolleg	94
5	<u>"Diese zunehmende Perfektion"</u> Zum technischen Ablauf des SPD-Parteitag	43
6 - 7	<u>"Vor Rohrkrepierern wird gewarnt"</u> Berlin ist ungeeignet als Wahlkampfstation Von Otto Bach Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin	76

* * *

ERBE UND AUFTRAG

Die Rede eines Staatsmannes - Willy Brandt zeigt den Weg

- * "Die ganze Politik soll sich zum Teufel scheren, wenn sie nicht
- * dazu da ist, den Menschen das Leben leichter zu machen, statt
- * es ihnen zu erschweren. Und was gut ist für die Menschen im ge-
- * teilten Land, das ist auch gut für die Nation."

* * *

sp - Diese Sätze, von Willy Brandt in Karlsruhe leidenschaftlich ausgesprochen, und eigentlich gemünzt auf die großen Schwierigkeiten im Ringen um die Regelung der Passierscheinfrage, war das Motto der großen Rede des SPD-Vorsitzenden vor den Delegierten des 16. Parteitages. ERBE UND AUFTRAG - so lautet die verpflichtende Forderung dieses Parteitages, und ERBE UND AUFTRAG sprach aus jedem Satz, mit dem Willy Brandt die Ziele sozialdemokratischer Politik unrisen hat. Wer jetzt noch sagt oder schreibt, die Sozialdemokratie habe keine anderen Vorstellungen von den Aufgaben der deutschen Politik als die derzeitigen Regierungsparteien, wer behauptet, die SPD wolle nur mitregieren, nicht aber selbst regieren, dem ist kaum noch zu helfen.

* * *

Es geht, wie Willy Brandt sagte, um die Formung der Zukunft, nicht um die Konservierung verstaubter Gewohnheiten von gestern. Privater Wohlstand als Ergebnis der wirtschaftlichen Leistung und der Intelligenz unseres ganzen Volkes darf nicht dazu verführen, alle jene Probleme zu vernachlässigen, die der einzelne nicht bewältigen kann. Das sind: moderne Schulen, verkehrssichere Strassen, moderne Krankenhäuser, die Gesundheitsvorsorge, die Sorge für das Alter und alle jene Aufgaben, die das Industriezeitalter vor heute und morgen der Nation als Ganzem stellt.

Hier dürfen nicht kleinkarierte "Kompetenzen" das Werden einer modernen Gesellschaft hemmen. Wie in der Auseinandersetzung um die menschlichen Erleichterungen im geteilten Deutschland muß auch im Ringen um die Verbesserung der Existenzbedingungen der Mensch im Vordergrund aller Überlegungen stehen.

* * *

Die innere Verflechtung und ständige Verpflichtung zum Menschlichen in der Politik - auch das ist ERBE UND AUFTRAG für die Deutsche Sozialdemokratie. Kein Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ist hiervon ausgeschlossen. Deswegen hat Willy Brandt in diesem Zusammenhang noch einmal gesagt, daß für die Sozialdemokratie der Appell zur Gemeinsamkeit in den die ganze Nation berührenden Problemen weder Taktik, noch Verzicht auf eigene Politik ist. Wenn es darum geht, zu entscheiden, zwischen Abseitsstehen und "warten, was dabei herauskommt" oder mitgestalten und mithelfen, um ein als richtig erkanntes Ziel zu erreichen, wählt die SPD den Weg der aktiven Mitarbeit.

Auf diese Weise sind im vergangenen Jahr zustande gekommen:

- * die Ratifizierung des Atomteststopp-Abkommens,
- * die Errichtung deutscher Missionen in osteuropäischen Ländern,
- * die Präambel zum deutsch-französischen Vertrag und
- * die beiden Passierscheinabkommen in Berlin.

Sicher ist es kein Zufall, daß es in den Regierungsparteien bei der Erörterung aller dieser Fragen heftige Auseinandersetzungen und heinende Bremsklötze gegeben hat, die nur durch die Initiative der Sozialdemokraten überwunden werden konnten. Die vier genannten Stationen der deutschen Politik sind heute Grundlage sowohl unserer Beziehungen zu den westlichen Alliierten, als auch Ausgangspunkt für den deutschen Beitrag zu einer konstruktiven Friedenspolitik.

* * *

Logisch auf diesen Tatbestand aufbauend, erinnerte der SPD-Vorsitzende daran, daß es den Dreiklang zwischen Friedenssicherung, Entspannung und deutscher Frage gibt. Das Abrüstungsamt, von der Sozialdemokratie seit langem gefordert, die deutsche Bereitschaft, Vereinbarungen über Rüstungskontrollen und Rüstungsbeschränkungen zuzustimmen, sofern diese keine Schwächung der freien Welt darstellen, sind bisher ebenso von der Bundesregierung vernachlässigte Aufgaben, wie die Inaktivität bei der Entwicklung deutscher Vorstellungen zu einem Friedensvertrag für Deutschland.

Dabei geht es auch um die gemeinsam zu bewältigenden Probleme der technischen Revolution. Neue wirksame Formen der internationalen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit der freien Welt müssen entwickelt werden. Das alles zusammen ist - wie Kennedy es genannt hat - "Strategie des Friedens". Es ist eine neue Herausforderung, der sich die kommunistische Welt zu stellen hat, wenn der Westen entschlossen ist, auf diesen Kurs zu gehen.

Wenn gelegentlich gesagt wird, solche Forderungen seien "gute Grundsätze", aber noch keine praktische Politik, dann antwortet Willy Brandt: "Grundsätze sind kein Kopfkissen zum Ausruhen".

Mit diesen Worten sind das Selbstbewußtsein und die Dynamik der modernen deutschen Sozialdemokratie charakterisiert. Auf ihren Grundsätzen aufbauend, die Gegenwart beherrschend und die Zukunft ansteuernd, erschöpft sie sich selbstverständlich auch bei der Auseinandersetzung mit ihren Gegnern nicht in der Polemik, wie manche es von der "Oppositionspartei" gern sehen würden. Die Profilierung und gegebenenfalls auch Härte im Ringen um eine bessere deutsche Politik braucht nicht zu kurz zu kommen. Auf keinen Fall läßt sich die Sozialdemokratie auf das Niveau einer hirnlosen Wortstreiterei niederdrücken. Parteipolitisches Kleinholz ist von anderen schon zur Genüge gemacht worden; an diesem Wettstreit beteiligt sich die SPD nicht.

* * *

Was Willy Brandt auf die ihm eigene Art den Delegierten des Parteitages in Karlsruhe sagte, wird seine Wirkung nicht verfehlen. Hier sprach der Staatsmann, der Mann, der an der gefährdetsten Stelle der deutschen Politik - in Berlin - bewiesen hat, daß er regieren kann und das Steuer fest in der Hand hält.

Er sprach als Vorsitzender der größten Partei Deutschlands, deren realistisches Ziel es ist, die volle Verantwortung für die Geschichte der Nation zu übernehmen.

+ + +

"Mit Brandt und Wehner und Erler"

Fritz Erlers staatspolitisches Kolleg

sp - Es ist das Unglück der Regierung Erhard, von einer Koalition getragen zu sein, deren stärkster Partner, die Unionsparteien, keine gemeinsame Sprache und keine gemeinsamen Zielsetzungen mehr finden. Die CDU spricht heute mit verschiedenen Zungen, ihre Führung ist untereinander verfallen und zerstritten, von innerem Hader gelähmt; das Bild einer kraftvollen, selbstbewußten Partei, die sogar zwei Legislaturperioden im Bundestag die absolute Mehrheit besaß, hat freilich unter der Kanzlerschaft Adenauers schon starke Schönheitsflecke bekommen, es stimmte mit der Wirklichkeit nicht überein. Es bereitete Fritz Erler, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, gewiß kein Vergnügen und keine innere Genugtuung, auf dem 16. Bundesparteitag der SPD die Bilanz über eine dreijährige Regierungstätigkeit in Bonn zu ziehen. Ein Jahr nach den Bundestagswahlen 1961 erfolgte der von der Opposition erzwungene Sturz des durch viele Affären belasteten früheren Verteidigungsministers Franz Josef Strauß. Damals tauchte am Horizont die Möglichkeit einer Regierungsteilnahme der SPD auf. Ihre erbittertsten Gegner trauten ihr Regierungsfähigkeit zu, und so wurde ein Tabu beseitigt, das einer gesunden Weiterentwicklung unserer jungen Demokratie im Wege stand. Es gibt kein Gesetz, demzufolge eine staatstragende Partei für alle Zeiten ausserhalb der Regierungsverantwortung zu stehen hat.

* * *

Wiederum ein Jahr später kam es zur heiß umkämpften Ablösung im Palais Schaumburg. Die Kanzlerstürzer, schockiert durch den Verlust der absoluten Mehrheit 1961, hatten diesen Wechsel erzwungen, des trügerischen Glaubens, den verblässenden Glanz der Union durch neue Politur ersetzen zu können. Sie erlitten eine grausame Enttäuschung. Erhard entsprach und entspricht nicht mehr ihren Erwartungen. Die Wahlkampflokomotive mußte bei den seit 1963 stattgefundenen Landtags- und Gemeindewahlen viel Dampf ablassen, sie fuhr nicht nach vorn, sie rollte zurück. Die schleichende Unzufriedenheit mit Erhard läßt in den Unionsparteien eine solche Fragestellung wie Erhard oder wieder Adenauer, Schröder oder Strauß aufkommen. Wer sich mit solchem innerparteilichen Heckenschützenkrieg befassen und seine Zeit verschleudern muß, schwärende Wunden mit Palliativmitteln zuzudecken, hat die Hand nicht frei für eine kraftvolle Führung der Regierungsgeschäfte. Er muß sich treiben lassen, und so wird er denn auch nach Kräften getrieben.

* * *

Erlers große Rede glich einem staatspolitischen Kolleg über die unentbehrliche Nützlichkeit einer staatstragenden parlamentarischen Opposition, der durch die Lähmung der Regierungsparteien die Führungsrolle von morgen zukommt: "Die beste Opposition ist die, welche fähig und willens ist, die Regierung abzulösen."

Die deutsche Politik tritt seit 1961 auf der Stelle. Sie hat kein wegweisendes Gesetzeswerk aufzuweisen, und wenn es auf einigen Gebieten zu Verbesserungen kam, wie in der Kriegsopferversorgung und

bei der bevorstehenden Reform der Kindergeldgesetze, dann erfolgte das unter dem Druck der parlamentarischen Opposition. Die von ihr mitentworfenen und vom Bundestag einmütig angenommene Präambel zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag bewahrte die Regierung vor aussenpolitischen Abenteuern, wie sie auch die Unionsparteien zwang, ein JA zum Atomteststopp-Abkommen zu sagen. Die Gegner der Präambel und des Atomteststopp-Abkommens wagten sich damals nicht aus dem Versteck hervor, freilich um dann später um so heftiger ihren Unmut zu äussern, zum Schaden für die deutsche Politik und ihr in der Welt erworbenes Vertrauen. Die deutsche Politik muß auf Klarheit und auf Aufrichtigkeit beruhen, will sie nicht in gefährliches Zwielficht geraten. Die Führungskrise innerhalb der CDU, das Unvermögen, damit fertig zu werden, das schreckliche Durcheinander, das der deutschen Öffentlichkeit seit Jahr und Tag geboten wird, lösen auch bei guten Freunden unseres Volkes bange Fragen über den künftigen Kurs der jetzigen Bundesregierung aus. Wir haben eine Regierung der Schwäche und des mühsamen Lavierens. Sie kann in vielem nicht mehr ein klares JA und ein entschiedenes NEIN sagen.

Fritz Erler stellte es nüchtern fest: Bei aller Verschiedenheit der Anlagen und Temperamente ist das Band der Freundschaft unter der führenden Köpfen der deutschen Sozialdemokratie fest geknüpft, hier wird weder offen attackiert, noch aus dem Hinterhalt geschossen, hier heißt es schlicht und einfach, Brandt und Wehner und Erler. Damit ist ein eindeutiges Urteil über allzu durchsichtige Ablenkungsmanöver der Unionsparteien gefällt worden. Ihre verzweifelte Hoffnung, die Führungsspitze der SPD durcheinanderzubringen, um ihre eigene Misere zu verdecken, sollten sie nun aufgeben. Sie verkennen die Sozialdemokratie als eine in sich fest ruhende, von gemeinsamen Willen getragene politische Gemeinschaft. Die Unionsparteien täuschen sich und ihre noch verbliebenen Wähler; ausserdem setzen sie sich der Gefahr der Lächerlichkeit und der Gefahr der Unglaubwürdigkeit aus.

Das Referat des Fraktionsvorsitzenden umriß den Standort der deutschen Sozialdemokratie in den Fragen der deutschen und internationalen Politik, es beseitigte die bewußt genährten Zweifel über die Haltung der Sozialdemokraten zur Notstandsgesetzgebung, es zeigte die Möglichkeiten und Grenzen einer dem Heute und Morgen zugewandten, der Wiedervereinigung dienenden Ostpolitik und enthielt die Warnung, bei einem Abseitstehenden nicht die Hoffnung zu mehren, er könne in seinem Alleingang Unterstützung durch das deutsche Potential finden. Das ermutigt ihn nicht zur Rückkehr in die Solidarität der westlichen Gemeinschaft; zuviel steht auf dem Spiel.

Der stellvertretende Parteivorsitzende sparte - an bestimmte Adressen gerichtet - nicht mit unangenehmen Wahrheiten, eben von der tiefen Sorge um die Sicherheit Deutschlands, Europas und der freien Welt erfüllt. Fritz Erler entwickelte die Vision einer lebendigen, dynamischen deutschen Demokratie, die Vertrauen nach innen und aussen ausstrahlt, ihres Weges mit den Demokraten der Welt bewußt ist und faszinierte damit die Delegierten und Zuhörer des 16. Bundesparteitages der Deutschen Sozialdemokratie.

"Diese zunehmende Perfektion"

Zum technischen Ablauf des SPD-Parteitag

sp. Bevor Waldemar von Knoeringen seinen Vortrag vor der Arbeitsgemeinschaft "Bildung" begann, entschuldigte er sich dafür, daß er hier nicht das freie Wort bieten könne, sondern daß er ein fixiertes, der Öffentlichkeit bereits übergebenes Manuskript gebunden sei. Diese immer mehr zunehmende Perfektion der Parteitage und ihrer Techniken, so ungefähr drückte sich von Knoeringen aus, mache das offenbar notwendig...

Das gibt es, diese immer mehr zunehmende Perfektion. Es ist die Perfektion einer Apparatur, von der niemand redet und auch niemand reden soll. Der Apparat ist da und arbeitet. Er arbeitet bei Tage und bei Nacht, im Schatten des Kongresses, in den unzähligen kleinen Büros hinter Pappwänden und Vorhängen, in den Seitengängen und in den Kellern. Er arbeitet geräuschlos.

Wieviel Arbeitsstunden, wieviel Schreibmaschinen, wieviel Schreibkräfte gehören etwa dazu, jenes 17 Seiten starke Manuskript des Sprechers Waldemar von Knoeringen fertigzustellen (auf Matrize geschrieben und dann hektographiert) und zwar so rechtzeitig, daß es spätestens bei Beginn der Arbeitgemeinschaft (20 Uhr in der Stadthalle) den Journalisten vorgelegt werden kann? Es gibt Leute, die für Berechnungen dieser Art zuständig sind und die dabei manchmal recht unruhige Stunden haben. Es gibt nämlich Manuskripte, die keineswegs schon am Tag vorher vorliegen, auch nicht 22 Stunden vorher.

Was morgens auf allen Plätzen der Halle liegt, das gesamte, bereits gedruckte Protokoll vom Vortage, ist ein besonders imponierendes Produkt dieser ständig zunehmenden Perfektion, - durchexerziert auf Parteitagen, die vorausgingen, zustandegebracht von Frauen und Männern, die auf Zusammenspiel und Zerreißproben dieser Art eingestellt sind; ohne Nervenzusammenbrüche.

Die Stenographen lösen einander ab, damit der erste die ersten Abschnitte schon ausarbeiten kann, während seine Kollegen noch beim Mitschreiben sind. Die fertigen Seiten gehen einzeln, stückweise an die Setzerei. Fünf Maschinensetzer stehen in Karlsruhe, 15 in Mannheim bereit. In der Nacht kommt alle 45 Minuten ein Wagen aus Mannheim, denn wenn der große Saal den Putzfrauen überlassen und ganze Kolonnen, die die Übung haben, zwischen den Stuhlreihen zu operieren, ohne daß gerückt werden muß ...dann fangen erst in den anderen Sälen der Stadt, etwa in der Stadthalle oder im Schauspielhaus, die Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften an. Sie dauern bis 22 oder auch bis 23 Uhr und auch hier soll alles, was gesprochen wird, am anderen Morgen gedruckt vorliegen.

In diesen späten Abendstunden geht einer von denen, die für dies alles verantwortlich sind, über den langen Korridor, der um die große ovale Halle herumführt. Er schaut hier hinein und dort hinein.

Sind die Fotos fertig geworden? Die Bilder, die am Abend aufgenommen wurden, müssen in aller Eile entwickelt und vergrößert und sogar klischiert werden. Sie sollen morgen neben dem Wort im Protokoll stehen.

Hat es mit den Tonbändern geklappt? Der ganze Parteitag liegt in Tonband vor, neben dem Stenogramm; auch alle Sitzungen aller Arbeitsgruppen.

Eine Stunde vor Mitternacht muß der Mann in Mannheim sein, denn dann steht der Satz auf den Tischen der Druckerei und der Umbruch kann beginnen. Wenn der Parteitag zu Ende sein wird, soll auch "Die Debatte" fertig sein, eine 12-Seiten-starke Sonderausgabe.

Es rollt die ganze Nacht hindurch, von der Schwarzwaldhalle in die Druckereien und wieder zurück.

Gegen Abend wurde entdeckt, daß eine der Türen der Halle nicht richtig schließt. Schlosser haben sie herausgehoben und feilen das Schloß zurecht.

Die Frauen haben längst den Saal verlassen und sind bei anderen Arbeiten.

Männer der Stadtgärtnerei haben die Blumentöpfe von den Säulen heruntergeholt. Jeder Topf wird einzeln in der Wanne gewässert und wieder an seinen Platz gestellt. Es gibt 30 Säulen in dieser Halle und fast an jeder von ihnen hängen große Garnituren. Auch die gewaltigen Sträuße, die oben auf der Bühne, hinter den Tischen des Vorstandes, eingebracht sind, gelb auf dunkelblau, werden abgenommen und genauestens untersucht. Jede Blume, die welk werden will, wird durch eine neue ersetzt.

+ + +

Eindeutig

Für F. J. Strauß ist in einem SPD-Kabinett kein Platz

sp - Für Franz Josef Strauß, den gestürzten früheren Verteidigungsminister und jetzigen Vorsitzenden der CSU, Haupt der Frondeure innerhalb der Unionsparteien, nebenbei auch Ostasien-Reisender, der es sich weder mit Formosa noch dem kommunistischen China verderben möchte, gibt es in einem von Willi Brandt geführten Kabinett keinen Ministerstuhl. Damit ist aller aus der Umgebung von Strauß genährten Spekulationen der Grund entzogen, die SPD würde als führende künftige Regierungspartei in Bonn Strauß als Minister akzeptieren. Der CSU-Vorsitzende hat vieles getan, um vergessen werden zu lassen, welche düstere Rolle er in der Spiegel-Affäre spielte, ließ viele Federn in Bewegung setzen, um ihn als genialen, unentbehrlichen Politiker wieder aufzuwerten, auf den keine Bundesregierung als Mitglied verzichten könnte. Durch seine wiedererwachte Ministeraspiration brachte und bringt er die CDU in peinliche Situationen. Er glaubte wohl, seine Stellung stärken zu können, als er den Eindruck entstehen ließ, die Sozialdemokraten werden ihm den Mantel christlicher Nächstenliebe umhängen und ihn als Minister sogar willkommen heißen. Dieser Mann, der mit vielen Karten spielt, muß nun mit einer Karte im Spiel um die Rückkehr zur Macht weniger rechnen. Willi Brandts kategorische Festlegung quittierte die Parteitags-Delegierten mit tosendem Beifall und drückten damit Empfindungen aus, die viele Millionen Bundesbürger bewegen. Für sie ist Strauß eben der Mann, dem alles zuzutrauen ist und der sich selbst durch seine Affären um jedes Vertrauen brachte. Willi Brandt verzichtet auf Männer solchen Schlages. Ihm stehen viel bessere Anwärter auf Ministerstühle zur Verfügung.

+ + +

Vor Pöhrkrepierern wird gewarnt

Berlin ist ungeeignet als Wahlkampfmunition.

Von Otto Bach

Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

571 000 West-Berlinerinnen und West-Berliner haben während des herbstlichen Besuchszeitraums die Mauer passiert. Das entspricht ungefähr der Einwohnerzahl von Bonn, Würzburg, Wilhelmshaven, Koblenz und Göttingen zusammengenommen. Man schätzt, daß sich alles in allem etwa zweieinhalb Millionen Menschen aus ganz Deutschland während dieser zwei Wochen im Ostsektor getroffen haben, weil ja zahllose Familienangehörige aus der Zone zu dieser großen Begegnung gereist sind. Diese Zahl liegt in der Größenordnung der Bevölkerungsziffer von Irland oder von Neuseeland. Solche Zahlen und Vergleiche mögen veranschaulichen, wie verflochten die menschlichen Beziehungen innerhalb unserer gespaltenen Stadt und unseres gespaltenen Landes sind.

Unlösbare Verflechtung

Diese unlösbare Verflechtung ist von der westlichen Seite als Verpflichtung, von der östlichen als Chance gesehen worden. Um Millionenfaches menschliches Leid hüben wie drüben zu lindern, mußte im Westen bis an die Grenze des politisch Verantwortbaren gegangen werden. Die Ausbeutung menschlicher Not durch den Menschen zu politischen Zwecken war dagegen die Marschroute der östlichen "sozialistischen" Unterhändler. Daß es dem Berliner Senat und seinen Unterhändlern gelungen ist, in den Gesprächen zu einer Regelung zu kommen, die allen maßgebenden Instanzen der Bundesrepublik tragbar erschien, ist ein unbestreitbarer Erfolg, der uns wahrhaftig nicht in den Schoß gefallen ist.

Querschüsse

Die Freude über diesen Erfolg eines Wiedersehens und die Vorfreude auf die weiteren Besuchszeiten wird leider von weniger erfreulichen Dingen getrübt. Einmal kommen Querschüsse von der anderen Seite. Offensichtlich möchte Ulbricht, der Erfinder des Autobahnzolls, auch noch einen Mauerzoll erreichen, um seine chronischen Währungsschwierigkeiten mit Hilfe der "kapitalistischen Schwindelmark" zu lindern. In üblicher kommunistischer Taktik wurde der Angriff zunächst gegen die Wechselstuben gestartet, um auf die vorauszusehende Ablehnung andere Schikanen zu gründen. Während die offizielle östliche Propaganda beispielsweise vor der Annahme des Besuchsgeldes durch die Rentner - die man praktisch mittellos in den Westen fahren läßt - lauthals warnt, hört man in Berlin bereits von eindringlicher Mahnungen an die gleichen Rentner, das Westgeld wohlbehalten in die "sozialistische Heimat" zu bringen und ah Ulbrichts Staatssäckel abzuliefern. "Non olet" hieß es nicht nur im alten Rom.

Ulbricht und seine Erklärungen

Allerdings übersieht man drüben eines: Nach dem Chruschtschow-Ultimatum verkündete Walter Ulbricht wörtlich: "Wir erklären, daß wir nicht die Absicht haben, uns in West-Berlin einzumischen." Am 1. Juni 1961 erklärte er abermals: "Ich möchte wiederholen, daß niemand beabsichtigt, die Selbstbestimmung der West-Berliner Bevölkerung zu beeinträchtigen."

Als diese Schalmeienklänge des Autors der Worte, niemand habe die Absicht, eine Mauer zu errichten, auf westlicher Seite als politischer Dummenfang entlarvt wurden, reagierte man drüben gereizt, die West-Berliner Bevölkerung solle mit dem "Schwarzen Mann" eingeschüchtert werden. Mit seiner neuesten Einmischung in West-Berliner Verhältnisse, mit seiner jüngsten Forderung auf Schließung der West-Berliner Wechselstuben liefert Walter Ulbricht ein weiteres Beispiel dafür, wie ernst er selbst seine eigenen Erklärungen nimmt.

Verschobene Maßstäbe

Aber die Passierscheinaktion wurde auch auf unserer Seite von Vorkommnissen überschattet, die wenig erfreulich sind. Dinge wurden hochgespielt, die dazu dienen, die Maßstäbe zu verschieben. Aus dem Versuch, Beschwerden aus der Bevölkerung über eine ungerechtfertigte Verweigerung von Passierscheinen nachzugehen, und nach Möglichkeit Abhilfe zu schaffen, wurde eine Staatsaktion gemacht mit dem sonderbaren Vorwurf, die Pressefreiheit werde dadurch bedroht. Für einen mit den Einzelheiten des so schwierigen Fragenkomplexes nicht vertrauten Bürger konnte - und sollte wohl - der Eindruck entstehen, daß die Erfolge des Verwaltungsabkommens zwar gemeinsam errungen, die zweifellos vorhandenen und auf die sture Ablehnung der östlichen Seite zurückzuführenden Unzulänglichkeiten aber ausschließlich dem Berliner Senat anzulasten seien.

Gewiß ist zuzugeben, daß sich die CDU im Schatten des Bundestagswahlkampfes wegen der Zerrissenheit und Widersprüchlichkeit ihrer aussenpolitischen Linie - Verzeihung: Einien - in keiner beneidenswerten Lage befindet, noch dazu in Berlin, wo ihre Position ohnehin bei der letzten Wahl so geschwächt wurde wie nie zuvor in der Berliner Nachkriegsgeschichte. Aber die Wahlkampf-Munition aus Berlin sollte mit Vorsicht benutzt werden:

vor Rohrkrepiern wird gewarnt !